



49. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungstermin: Donnerstag, 21.03.2019, 16:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.02.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

- 3 **Informationen des Jugendamtes**

- 4 **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

- 5 **Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates**

- 6 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- 6.1 **Stadtwald in Babelsberg entwickeln
18/SVV/0962** Fraktion CDU/ANW
-Wiedervorlage -

- 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 7.1 Kinderschutzbericht 2018

- 7.2 Sachstandsinformation zum Sanierungsplan für Jugendfreizeiteinrichtungen

- 7.3 Teilrückerstattung Kita-Elternbeiträge

8 **Sonstiges**

Nicht öffentlicher Teil

9 **Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des
nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom
21.02.2019**



Niederschrift

48. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.02.2019
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:43 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung bis 17:30 Uhr
---------------------	-----	-------------------------------

Ausschussmitglieder

Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	
Herr Björn Karl	CDU/ANW	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	Sitzungsleitung ab 17:30 Uhr
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau athleen Krause	SPD	ab 17:15 Uhr
Herr Lutz Küken	Independent Living	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Frau ana Schulze	DIE LINKE	

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	
Frau Dr. Birgit von Bülow	Amtsgericht Potsdam	bis 18:00 Uhr
Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam	bis 18:00 Uhr
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	
Frau Lisa Kabitzke	Jugendvertretung	
Frau Johanna Klammer	Kita-Elternbeirat	
Frau Julia Laabs	Kreiselternrat	
Frau Maya Tkach	Kreisschülerrat	
Herr Dr. Reiner Pokorny	Komm. Jugendamtsleiter	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt

Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	nicht entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Katharina Tietz	AG Jugendförderung
Frau Ute Warbein	Zelpunkt Montelino
Herr Ralf Becker	FB Bildung, Jugend und Sport
Frau Katrin Hayn	FB Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.01.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates
- 6 Zelpunkt-Montelino-Konzeption
- 7 Verschiebung der Märzsession des Jugendhilfeausschusses
- 8 Anerkennung des Trägers Die ARCHE Christliches Kinder- und Jugendwerk e.V
Vorlage: 19/SVV/0126
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Krippen- und Kindergartenplätze in Babelsberg
Vorlage: 18/SVV/0889
Fraktion SPD
- Wiedervorlage -
- 9.2 Stadtwald in Babelsberg entwickeln
Vorlage: 18/SVV/0962
Fraktion CDU/ANW
- 9.3 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2019 bis 2021
Vorlage: 19/SVV/0029
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 Fortführung des Projektes Potsdamer Kinderstadtplan
- 11 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.01.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 24.01.2019 zur Abstimmung.

Herr Ströber erinnert an seine Nachfrage in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu weiteren Informationen zum Offenen Kunstverein.

Herr Kolesnyk sagt zu, bei Herrn Dalichow nachzufragen.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Herr Kolesnyk schlägt folgende Änderung zur Tagesordnung vor:
TOP 9.1 „Krippen- und Kindergartenplätze in Babelsberg“ (Vorlage 18/SVV/0889) soll nach TOP 5 „Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates“

beraten werden, da er selbst die Sitzung aufgrund eines Paralleltermins gegen 18:00 Uhr verlassen muss und zur Drucksachen eine geänderte Fassung einbringen möchte.

TOP 9.2 „Stadtwald in Babelsberg entwickeln“ (Vorlage 18/SVV/0962) wird zurückgestellt.

TOP 8 „Anerkennung des Trägers Die ARCHE Christliches Kinder- und Jugendwerk e.V.“ (Vorlage 19/SVV/0126) soll erst nach 17:30 Uhr aufgerufen werden, da der Vertreter des Vereins erst dann an der Sitzung teilnehmen kann.

Abschließend teilt Herr Kolesnyk mit, dass die Sitzungsleitung ab ca. 18:00 Uhr durch Frau Dr. Müller erfolgt, da beide Stellvertreter nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen können.

Er bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

zu 3 Informationen des Jugendamtes

Herr Dr. Pokorny erinnert an die offenen Fragen des Kita-Elternbeirates in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses und verweist auf die geäußerte Bitte um nähere Informationen zur falschen Berechnung bei der Elternbeitragsordnung. Er erklärt, dass die Kalkulation des Fehlbetrags mit falschen Ansätzen erfolgte. Der Fehler wurde erkannt und bereinigt.

Herr Liebe teilt mit, dass die Träger die Stellungnahme der Verwaltung zu Eigenleistungen von Kitas erhalten haben. Er fragt, ob inzwischen die Stellungnahme des MBS zur Rechtsaufsichtsbeschwerde vorliegt.

Frau Aubel berichtet, dass am 20.02.2019 ein Gespräch mit dem MBS stattgefunden hat. Das MBS kann aktuell noch keine Aussage treffen.

Frau Aubel informiert über den aktuellen Stand bezüglich der freiwilligen Rückzahlungen von zu viel gezahlter Elternbeiträge und betont, dass ein grundsätzlicher Konsens mit den Trägern und dem Kita-Elternbeirat erzielt werden konnte. Die Rückzahlungen erfolgen auf der Basis des Mediationsergebnisses vom Oktober 2018 sowie dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.01.2019. Die Berechnung durch die Träger startet nach der Beschlussfassung am 08.05.2019.

Vorgesehen ist ein Antrag pro Kind und Träger. Die Antragsbearbeitung erfolgt durch die Träger. Es wird eine umfängliche Kommunikation erfolgen. Zur Höhe der Abschlagspauschale für die Träger konnte eine Einigung erzielt werden. Zur Thematik der Klagen muss noch eine Vereinbarung erfolgen. Die Träger wurden gebeten, die laufenden Klagen der Verwaltung zukommen zu lassen.

Das Urteil vom 20.02.2019 zur Geschwisterkind-Regelung soll mit in die Rückzahlungen einfließen.

Anfang März sollen die Informationen an die Eltern erfolgen. Ab dann ist auch die Antragstellung durch die Eltern möglich. Die Einbringung des erforderlichen Nachtragshaushaltes erfolgt in der Stadtverordnetenversammlung am 03.04.2019. Somit kann am 08.05.2019 die Beschlussfassung erfolgen. Im Juli sollen die ersten Abschlagszahlungen an die Träger sowie die ersten Erstattungen an die Eltern erfolgen.

Herr Liebe erinnert daran, dass Frau Aubel in Aussicht gestellt hat, mit dem Kita-Elternbeirat ins Gespräch zu gehen. Er fragt, ob es von dort noch Forderungen gab.

Frau Aubel erklärt, dass auch mit dem Kita-Elternbeirat besprochen wurde, dass die Anträge bis 30.09.2019 gestellt werden können.

Herr Otto fragt, ob die am 18.02.2019 besprochen Antragspauschale von der Verwaltung akzeptiert wird.
Dies wird von Frau Aubel bejaht.

Herr Kulke verweist auf die 120 Stellen, die zusätzlich eingerichtet werden und fragt, ob inzwischen klar ist, wie viele Stellen davon im Jugendamt vorgesehen sind. Er fragt, ob auch Stellen im ASD vorgesehen sind.
Des Weiteren bittet Herr Kulke, dass in Zukunft wieder Informationen zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) gegeben werden.

Frau Aubel teilt mit, dass für den Teil des ehem. Jugendamtes 10 Stellen vorgesehen sind, davon 3 Stellen für den ASD. Sie sagt zu, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschuss einen Sachstandsbericht zu den umA zu geben.

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 12.02.2019. Der Unterausschuss hat sich mit dem Rückblick auf die Januar-Sitzung des Jugendhilfeausschusses befasst und dabei festgestellt, dass ein Bedarf an Gemeinbedarfsflächen gesehen wird. Die Verwaltung sollte eine entsprechende Übersicht erarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung stellen. Des Weiteren wurde die Matrix für Auswahlverfahren thematisiert. Aus Sicht des Unterausschusses ist die Matrix gut geeignet, sollte aber um einen Punkt „Besonderes“ oder „Innovatives“ ergänzt werden.

Das Thema Fachkräftemangel wurde erneut beraten. Im Herbst 2019 soll ein Fachtag in Form eines Erfahrungsaustauschs dazu durchgeführt werden. Neben dem Finden von Fachkräften ist auch die Fachkräftepflege ein wichtiges Thema.

Frau Tietz teilt mit, dass die **AG Jugendförderung** die Umstrukturierung der Jugendamtsverwaltung zur Kenntnis genommen hat, jedoch aufgrund der Zweigliedrigkeit des Jugendamtes zukünftig eine frühzeitige und qualifizierte Information des Jugendhilfeausschusses fordert. Die AG Jugendförderung bedauert die Entscheidung der Verwaltung zum Kinderstadtplan und sieht den Prüfauftrag der Stadtverordnetenversammlung als nicht erfüllt an.

Die AG Jugendförderung bittet um Sachstandsinformationen zum Sanierungsplan des KIS für die Jugendfördereinrichtungen im Allgemeinen und zum KJFZ Fahrland im Besonderen sowie zu den Einrichtungen Ribbecke, Montelino und KJFE Georg-Hermann-Allee.

Die AG hat ein Positionspapier des AKKJ zur Fachkräftethematik befürwortet, wird dieses dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung zuleiten sowie zur Weiterbehandlung bzw. Vorbereitung des geplanten Fachtages im Herbst 2019 eine Unter-AG gründen.

Die AG Jugendförderung bedankt sich beim Bereich Regionale Kinder- und Jugendhilfe für die Erstellung des Jugendförderplans und stimmt diesem fachlich unter Berücksichtigung folgender Kritikpunkte zu:

- Mittelkürzung Abenteuerspielplatz ohne Rückmeldung an den und Absprache mit dem Träger,
- Forderung nach Aushandlung eines Sanierungsplans für alle Kinder- und

- Jugendfreizeiteinrichtungen mit dem KIS, wann, wo und wie gebaut wird,
- Intransparenz der in der Anlage 3 ausgewiesenen Personal- und Sachkostenförderungen.

Die Projekte „Bildungskoordination für Neuzugewanderte“ und „JUGEND STÄRKEN im Quartier (JUSTiQ)“ wurden vorgestellt. Die AG mahnt eine bessere gesamtstädtische Koordinierung zu beiden Themen an und sieht hierbei eine stärkere Verantwortung im Bereich der Schule, als diese bisher wahrgenommen wurde. Hierzu sollte sich die Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe verständigen.

Herr Liebe bittet, das Feedback schriftlich auszureichen.

Frau Tietz sagt dies zu.

Herr Kolesnyk informiert, dass der Bericht der **Regionalen Jugendhilfe AG 1** kurz vor der Sitzung per E-Mail bei Frau Spyra eingegangen ist. Er verliest den Bericht.

„Die REG-AG 1 traf sich am 13.02.19. Hierbei wurden u.a. Themen wie Mobbing an Schulen, Zusammenarbeit Schule und Jugendhilfe sowie präventiver Kinderschutz besprochen. Zu Gast war Herr Christian Kube, Stadteilkordinator Bornstedt von der Trägergemeinschaft Stättearbeit Bornstedt. Es wurde Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausgelotet und Informationen zum Stand der Stadtteilbeteiligung ausgetauscht. Künftig ist ein regelmäßiger Austausch vorgesehen. Für die nächste Sitzung ist geplant den Entwicklungsstand Krampnitz aus der kinder- und jugendpolitischen Perspektive zu begleiten.“

Herr Küken informiert, dass sich die **Regionale Jugendhilfe AG 2** mit der Kita-Platz-Vergabe befasst hat. Die Verwaltung gibt dazu eine schriftliche Stellungnahme ab. Die REG AG 2 bittet, die Einrichtung des Kita-Portals zu beschleunigen, da es zwingend erforderlich ist, dass dies in Betrieb geht.

Zur nächsten Sitzung soll der Kinderschutz thematisiert werden. Dazu ist Frau Kronemann eingeladen.

Frau Parthum berichtet aus der Sitzung der **Regionalen Jugendhilfe AG 3** vom 13. Februar 2019. Es wurden die aus der Regionalkonferenz 2018 resultierenden Themen zur weiteren Bearbeitung in der AG erörtert, sortiert und priorisiert. Startthema 2019 zur weiteren Bearbeitung werden die personellen Rahmenbedingungen in den offenen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sein. Die AG hat zudem eine Arbeitsgruppe zur kritischen Auseinandersetzung mit der Evaluationsstudie zur Lebenswelt- und Sozialraumorientierung der Landeshauptstadt Potsdam vom Juli 2018 gebildet. Die Ergebnisse sollen in die Vorstellung der Arbeit der Regional-AGs im Jugendhilfeausschuss einfließen. Vertreterinnen und Vertreter aller drei Regional-AGs haben sich im Januar 2019 zur Thematik „unvorhergesehene Bedarfe“ getroffen und dabei einen Konsens erarbeitet. Gemeinsames Ziel ist die Verankerung der unvorhergesehenen Bedarfe in regionaler Verantwortung in der Jugendhilfeplanung 2019-2021.

zu 5 **Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates**

Von Seiten der **Jugendvertretung** gibt es keine aktuellen Informationen.

Frau Klammer teilt mit, dass der Vorstand des **Kita-Elternbeirates** erst in der kommenden Woche tagt. Es gab eine inzwischen einen regen Austausch mit dem Migrantenbeirat zu den Rückerstattungen der Elternbeiträge.

Sie bedankt sich im Namen des Kita-Elternbeirates für die verbesserte

Zusammenarbeit mit der Verwaltung sowie den transparenten Informationsfluss. Frau Klammer betont, dass noch immer nicht geklärt ist, wie die Mittagessensbeiträge im Hort geregelt werden sollen. Eine offene Frage ist auch, ob in den Kitas außerhalb des Bedarfsplanes auch die Elternbeiträge für das letzte Kita-Jahr frei sind. Auch zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes in Potsdam gibt es noch keine konkreten Aussagen.

Frau Aubel erklärt, dass der Prüfauftrag zum Mittagessensbeitrag im Hort noch nicht abgeschlossen ist. Sie sagt zu, im Jugendhilfeausschuss nach Abschluss der Prüfung über das Ergebnis zu informieren. Frau Aubel weist darauf hin, dass das Thema auf der Agenda steht, derzeit aber prioritär die Rückzahlung von Elternbeiträgen und die Betriebskostenabrechnungen bearbeitet werden. Frau Aubel teilt auf die Frage zum beitragsfreien letzten Kita-Jahr mit, dass keine Zahlungen an die Kitas außerhalb des Bedarfsplanes erfolgen. Zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes wird es noch Ausführungsbestimmungen seitens des Ministeriums geben, die abgewartet werden sollten.

Herr Liebe weist mit Bezug auf das Essengeld im Hort darauf hin, dass nicht alle Grundschulkinder auch im Hort betreut werden. Er betont, dass es den pflichtigen Bereich der Schule und den freiwilligen Bereich der Kita gibt.

zu 6 Zeltpunkt-Montelino-Konzeption

Frau Warbein stellt mit Unterstützung einer Präsentation die Konzeption des Zeltpunktes Montelino vor. Eingangs informiert sie über den aktuellen Stand. Danach geht sie auf die Besonderheiten der Zirkuspädagogik ein und stellt anschließend die zukünftigen Planungen vor. Sie stellt das Raum- und Nutzungskonzept vor.

Der Umzug an den neuen Standort soll zum 01.10.2019 erfolgen. Zunächst wird nur eine eingeschränkte Nutzung in Zelt und Wagen möglich sein, da das Haus erst 2020 fertiggestellt sein wird. Sie macht deutlich, dass es eine aktive Beteiligung der Kinder- und Jugendlichen gibt und ein Workshop durchgeführt wurde. Die Kinder und Jugendlichen haben bereits sehr viele Ideen entwickelt.

Herr Heidepriem betont, dass die Schüler der Fröbel-Schule das Angebot des Montelino nutzen konnten und begeistert waren.

Herr Otto bittet zu überlegen, ob aufgrund der Überregionalität des Angebotes auch noch eine weitere Stelle finanziert werden könnte.

Die Zeltpunkt-Montelino-Konzeption wird **zustimmend zur Kenntnis genommen**.

zu 7 Verschiebung der März Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Kolesnyk schlägt vor, die März-Sitzung des Jugendhilfeausschusses um eine Woche, auf den 28.03.2019, zu verschieben, da am 21.03.2019 ab 18:00 Uhr der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft tagt, an dem Frau Aubel ebenfalls teilnehmen muss. Mit der Verschiebung des Jugendhilfeausschusses hätte Frau Aubel die Möglichkeit, an beiden Ausschusssitzungen teilzunehmen.

Herr Ströber weist darauf hin, dass am 28.03.2019 die Trägerversammlung zur Nominierung der Mitglieder für den neu zu wählenden Jugendhilfeausschuss

stattfinden soll. Er hält es für sehr schwierig hierfür einen neuen Termin zu finden.

Herr Kulke spricht sich ebenfalls gegen die Verlegung der JHA-Sitzung aus.

Da sich die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses mehrheitlich gegen die Verlegung des Sitzungstermins aussprechen, wird sich Herr Kolesnyk mit Frau Dr. Schröter verständigen, ob der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft seine Sitzung eine Woche später durchführen würde.

zu 8 Anerkennung des Trägers Die ARCHE Christliches Kinder- und Jugendwerk e.V

Vorlage: 19/SVV/0126

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Liebe informiert, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung den Antrag des Trägers Die ARCHE Christliches Kinder- und Jugendwerk e.V. geprüft hat und die Anerkennung nach § 75 SGB VIII empfiehlt.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Die Anerkennung des Trägers Die ARCHE Christliches Kinder- und Jugendwerk e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage der Satzung des Trägers vom 15. Dezember 2016.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 9.1 Krippen- und Kindergartenplätze in Babelsberg

Vorlage: 18/SVV/0889

Fraktion SPD

- Wiedervorlage -

Herr Kolesnyk verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte folgende **neue Fassung** der Drucksache:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, welche bestehenden Flächenpotentiale an Gemeinbedarfsflächen es in Potsdam gibt und wo Defizite bestehen, sodass zusätzliche Gemeinbedarfsflächen ausgewiesen werden müssen.

In einem Zwischenbericht soll der Stadtverordnetenversammlung im Mai vorgelegt werden, welche Möglichkeiten für die Flächensicherung zur mittel- und langfristigen Schaffung zusätzlicher Krippen- und Kindergartenplätze es in Babelsberg gibt.

Der Gesamtbericht soll im September 2019 vorgelegt werden.“

Frau Dr. Müller fragt, was konkret mit „zusätzlichen“ Gemeinbedarfsflächen gemeint ist. Sie weist darauf hin, dass es diese Probleme auch in anderen Stadtteilen gibt. Die Gesamtansicht findet sie zwar richtig, kann aber nicht nachvollziehen, warum Babelsberg gewählt wurde.

Herr Kolesnyk erklärt, dass der Begriff „zusätzlich“ aus dem Antragstext gestrichen werden kann. Er macht darauf aufmerksam, dass Babelsberg Süd ein bereits bestehender Stadtteil ist, in den zukünftig durch die Bebauung von Lücken

viele Familien ziehen werden. Derzeit besteht hier aber schon ein Defizit in der Kita-Platz-Versorgung.

Herr Otto hält eine rechtzeitige Planung für erforderlich.

Herr Kulke schlägt vor, über den Antrag abzustimmen. Er hält den Antrag für berechtigt.

Herr Liebe erklärt, dass sich der Unterausschuss auch mit dem Antrag befasst hat.

Frau Parthum weist darauf hin, dass der Betreff der Drucksache nicht mehr zum Beschlusstext passt.

Herr Kolesnyk stimmt dem zu und erklärt, dass der Betreff im Nachgang nicht mehr geändert werden könne. Abgestimmt wird nur über den eigentlichen Antragstext. Er stellt die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die folgende neue Fassung zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, welche bestehenden Flächenpotentiale an Gemeinbedarfsflächen es in Potsdam gibt und wo Defizite bestehen, sodass Gemeinbedarfsflächen ausgewiesen werden müssen.

In einem Zwischenbericht soll der Stadtverordnetenversammlung im Mai vorgelegt werden, welche Möglichkeiten für die Flächensicherung zur mittel- und langfristigen Schaffung zusätzlicher Krippen- und Kindergartenplätze es in Babelsberg gibt.

Der Gesamtbericht soll im September 2019 vorgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

zu 9.2 Stadtwald in Babelsberg entwickeln

Vorlage: 18/SVV/0962

Fraktion CDU/ANW

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 9.3 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2019 bis 2021

Vorlage: 19/SVV/0029

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Frau Dr. Müller übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Becker (FB Bildung, Jugend und Sport) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Er verweist auf die Anfang 2018 durch das Potsdamer Jugendamt durchgeführte repräsentative Kinder- und Jugendbefragung zum Thema „Freizeit und Mitbestimmung in Potsdam“. Die Ergebnisse wurden in der Klausur des Jugendhilfeausschusses am 22.06.2018 zusammenfassend dargestellt sowie interpretiert und flossen als Schwerpunkte direkt in den vorliegenden Jugendförderplan ein. Die Veröffentlichung der Befragung ist ab sofort unter <https://www.potsdam.de/umfrage-zu-freizeit-und-mitbestimmung-2018> verfügbar.

Herr Otto macht darauf aufmerksam, dass Stellen für den Jugendklub im Bornstedter Feld angedacht sind, den es noch nicht gibt. Er fragt, ob diese Stelle bis zur Fertigstellung der Einrichtung anders eingesetzt werden könne.

Er betont, dass er eine Bestandsaufnahme der freiwilligen besonderen Leistungen im Sinne der Stadt vermisst. Hier ist nicht wie bei anderen Arbeitsfeldern eine Würdigung erfolgt.

Er spricht den Fanprojekt-Fachbeirat für den SV Babelsberg 03 an und fragt ob hier nicht auch ein Vertreter des Jugendhilfeausschusses mitarbeiten sollte.

Abschließend verweist er auf den Haushaltsvorbehalt bei der Darstellung der finanziellen Auswirkungen.

Frau Aubel kann zur angedachten Stelle ist für den Jugendklub im Bornstedter Feld spontan keine Aussage treffen. Sie spricht sich dafür aus, die Stelle erst einzurichten, wenn absehbar ist, wann das Haus eröffnet werden kann.

Herr Liebe kann sich vorstellen, dass die Regionale Jugendhilfe AG 1 in den Prozess einbezogen wird. Hier gibt es die Fachkräfte, die sich aufgrund ihrer Kompetenz gut einbringen können.

Frau Aubel schlägt vor, dass der Bereich Sport an den Fanprojekt-Fachbeirat für den SV Babelsberg 03 herantritt um zu erfragen, ob eine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses gewünscht ist.

Zum ausgewiesenen Haushaltsvorbehalt erklärt sie, dass die Mittel für 2019 zur Verfügung stehen.

Die Würdigung der freiwilligen besonderen Leistungen im Sinne der Stadt wird im nächsten Plan in zwei Jahren erfolgen.

Herr Liebe spricht die Schulsozialarbeit an und macht deutlich, dass es hier einen großen Aufwuchs an Stellen gab. Dies sollte gewürdigt werden. Er betont, dass auch an anderen Stellen in den letzten Jahren einiges bewirkt werden konnte.

Frau Aubel kann Herrn Liebe grundsätzlich zustimmen, trotzdem sollten bestimmte Dinge auch hinterfragt werden. Es sollten alle Aspekte betrachtet werden.

Frau Parthum pflichtet Herrn Liebe bei. Sie spricht sich aber auch dafür aus, dass eine Weiterentwicklung erfolgt. Sie betont, dass eine 10 %ige Nutzung der Einrichtungen sehr gut ist und schlägt vor, darüber zu beraten, wo Kinder und Jugendliche beteiligt werden wollen, nämlich in Schule und Familie.

Herr Otto macht deutlich, dass die Jugendklubs eine gute Arbeit leisten. Die Nutzer-Zahlen sind im Vergleich zu anderen Städten gut.

Herr Boede hätte sich gewünscht, dass bestimmte Mindeststandards beim Einsatz von Personal festgelegt werden und verweist dabei insbesondere auf das Fanprojekt des SV Babelsberg 03.

Frau Dr. Müller betont, dass dies auch für die Fachkräftebindung und -gewinnung wichtig sei.

Herr Liebe regt an, die Mindeststandards zu betrachten und zu diskutieren.

Frau Dr. Müller stellt den Jugendförderplan zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2019 bis 2021 gemäß **Anlage**.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

zu 10.1 Fortführung des Projektes Potsdamer Kinderstadtplan

Frau Dr. Müller verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte Mitteilungsvorlage 19/SVV/0110. Sie macht darauf aufmerksam, dass mitgeteilt wird, dass der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport die Mittel nicht zur Verfügung stellen kann. Das entspricht nicht dem Auftrag aus dem Beschluss.

Herr Dr. Pokorny erklärt, dass für den Doppelhaushalt 2018/2019 jeweils 10.000 Euro für das Projekt eingestellt sind. Ende 2018 wurde der Beschluss gefasst. Daraufhin ist die Prüfung erfolgt mit dem Ergebnis, dass die Bereitstellung der Mittel in Höhe von 30.000 Euro im Jahr 2019 nicht möglich ist. Für den Haushalt 2020/2021 wird der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport schließlich Mittel in Höhe von jeweils 30.000,00 Euro einplanen. Angestrebt ist hiermit u.a. die kontinuierliche Weiterentwicklung des Angebotes, die Umsetzung werbewirksamer Maßnahmen sowie die vollständige Überarbeitung der Internetpräsenz.

Frau Aubel verweist auf die Doppelhaushaltsplanung, an die die Verwaltung gebunden ist.

Herr Liebe regt an, auch in anderen Bereichen, wie z.B. der Wirtschaftsförderung nachzufragen, ob diese Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Frau Aubel hat Informationen, dass der Träger bereits versucht hat, über externe Förderer Mittel zu akquirieren. Sie verweist auf die Möglichkeit der Beantragung von Lottomitteln und sagt ihre Unterstützung bei der Antragstellung zu, wenn diese benötigt wird.

Frau Parthum weist darauf hin, dass für den Erhalt von Lottomitteln die Chancen gering sind, da es den Kinderstadtplan bereits gibt und die Förderung für neue Projekte gilt.

Sie hält es für wichtig, dass die Mittel jährlich eingeplant werden und nicht nur wie in der Mitteilungsvorlage dargestellt, für den Haushalt 2020/2021.

Daraufhin erklärt Herr Dr. Pokorny, dass beabsichtigt ist, dies in die Mittelfristplanung aufzunehmen.

Frau Krause macht darauf aufmerksam, dass geplant ist, für den Kinderstadtplan eine APP zu entwickeln. Hierfür könnte ein Antrag auf Lottomittel erfolgreich sein.

Frau Parthum informiert, dass am 04. April 2019 von 9:45 bis 13:00 Uhr im Haus der Jugend/ Jugendherberge ein Workshop zum Thema „Was ist los in Potsdam? Öffentlichkeitsarbeit für Kinder und Jugendliche“ stattfindet. Sie wird die Einladung zur Weiterleitung an die JHA-Mitglieder an Frau Spyra schicken.

Frau Schultheiß verweist auf die Seite 8 des Jugendförderplans und fragt, ob die Digitalisierung des Kinderstadtplan für 2019 zu schaffen ist.

Frau Parthum betont, dass es ein Ergebnis voraussichtlich erst 2021 geben wird. Es wäre aber wichtig, beginnen zu können. Sie bittet, klar auszudrücken, dass es sich um eine jährliche Förderung handelt.

Frau Aubel gibt zu Protokoll, dass es sich bei der Darstellung in der Mitteilungsvorlage um eine jährliche Förderung handelt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 11 Sonstiges

Herr Gehl verweist auf die Präventionsarbeit der Polizei, die auch in Kindertagesstätten durchgeführt wird. Er teilt mit, dass junge Kolleginnen und Kollegen Interesse bekundet haben, mit dem Puppenspiel der Polizei, das zwischenzeitlich eingestellt wurde, wieder in die Einrichtungen zu gehen. Er bittet die Kita-Träger zu prüfen, ob hier noch Bedarf besteht und Rückmeldung am 21.03.2019 im Jugendhilfeausschuss.

Frau Parthum informiert, dass die Medienwerkstatt und das SPI einen Instagram-Leitfaden für pädagogische Fachkräfte in Potsdam entwickelt haben. Der Leitfaden ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.medienwerkstatt-potsdam.de/instagram-leitfaden-fuer-paedagogische-fachkraefte-veroeffentlicht/>

Nächster Jugendhilfeausschuss: 21. März 2019 2018, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0962

öffentlich

Betreff:

Stadtwald in Babelsberg entwickeln

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 11.12.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

30.01.2019

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie der Waldstreifen in Babelsberg zwischen Tramwendschleife und dem Sportplatz vom FSV Babelsberg 74 zu einem ökologisch hochwertigen Stadtwald mit sportlichen Akzenten aufgewertet werden kann. In die Gespräche zur Weiterentwicklung dieses Waldes sind insbesondere die Stadtteil- und Nachbarschaftsinitiative "Babelsberg Netzwerk" und die Bürgerinitiative einzubinden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2019 zu berichten.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Bürgerinitiative Babelsberger Wald hat in den letzten Monaten deutlich gemacht, dass die Waldfläche eine breite Nutzung in Babelsberg erfährt. In Gesprächen wurden Ideen formuliert, wie dieses Waldstück noch weiter im Sinne einer klimafreundlichen Kommune nicht nur gesichert, sondern vor allem aufgewertet werden kann. Der Stadtsportbund hat in der Diskussion jedoch ebenfalls deutlich gemacht, dass in der Landeshauptstadt Potsdam Sportflächen in erheblichen Ausmaß fehlen. Es wurde dabei aufgezeigt, dass die sportlichen Bedarfe sehr breit sind. Zugleich wurde durch die BI betont, dass auch Schulen und KiTa's dieses Waldstück nutzen würden. Insofern wäre an diesem Standort ein Wald-Fitness-Pfad oder Natur-Lehr-Pfad denkbar, um mit der Umsetzung einen Beitrag für das Potsdamer Klima und für den Potsdamer Sport zu schaffen.